



Christa Luft

10.03.2010

Verselbständigung der Finanz- gegenüber der Realwirtschaft - Überakkumulation als Krisenquelle

Aktualisierter Plenarvortrag in der Leibniz-Sozietät am 11. Februar 2009

Nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 kollabierten weltweit die Finanzmärkte. Sie rissen die warenproduzierenden, einzig wertschöpfenden Wirtschaftsbereiche, die sogenannte Realwirtschaft mit in den Abwärtsstrudel. Rasch hatten Regierungspolitiker, Vertreter der neoliberalen Ökonomenzunft und der Mainstream-Medien Erklärungen für das Desaster bereit: Schuld sei die US-amerikanische Politik billigen Geldes sowie das gewohnheitsmäßige Leben der Amerikaner auf Pump, das sich auf das bisherige Privileg des Greenback als globale Reservewährung stützt. Schuld seien ebenfalls die Gier der Banker, sowie die ungenügende Transparenz und Kontrolle von Finanzgeschäften. Zweifellos haben diese Faktoren mit eine Rolle gespielt, aber den Kern des Problems bilden sie nicht. Der liegt in der enormen Anhäufung von Finanzvermögen, das nach Anlage mit höchstmöglichen, in der Realwirtschaft nicht erzielbaren Renditen strebt, also in der *Überakkumulation*. Das ist ein von Marx beschriebener Vorgang, wie er in der Geschichte des Kapitalismus periodisch aufgetreten ist und in seinem finanzmarktgetriebenen Stadium mit den vagabundierenden Billionen seinen bisherigen Höhepunkt erfährt. Solange die Springquellen für die Überakkumulation nicht ausgetrocknet und für liquides Kapital neue Investitionsfelder in der Realwirtschaft eröffnet sind, lässt sich bestenfalls die Wucht der nächsten Krise dämpfen und die Last für die Allgemeinheit mildern. Ausmerzen lassen sich Krisen nur durch einen Systembruch, durch die Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie der Profitdominanz.

Vom Industrie- zum Finanzmarktkapitalismus

Die prägnanteste Analyse des Kapitalismus stammt von Karl Marx. Er untersuchte den Kapitalismus seiner Zeit, den englischen Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts. Der war durch hohe wirtschaftliche Dynamik, eine intensive Innovationstätigkeit und entsprechend hohen Kapitalbedarf gekennzeichnet. Kapital war knapp. Liquides Geld wurde in der Industrie angelegt und dort generierter Gewinn überwiegend wieder reinvestiert. Diese Entwicklung hielt bis in die 1970er Jahre an. Dann begann das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität zu sinken, die Preisexplosion des Erdöls hinterließ ihre Bremsspuren. In den entwickelten kapitalistischen Ländern entstand der Trend zur Stagnation und zum tendenziellen Fall der kapitalbezogenen Profitrate in der Industrie. Das fordistische Akkumulationsregime geriet in die Krise. Die wirtschaftliche Dynamik nahm ab, die Notenbanken setzten die Leitzinsen drastisch herauf. Das reale Zinsniveau überstieg das nur noch schwach ausgeprägte reale Wachstum. Statt zu investieren, ihre Betriebe zu modernisieren und zu erweitern, Geld in Aus- und Weiterbildung ihrer Beschäftigten zu stecken, nutzten vor allem börsennotierte Unternehmen immer größere Teile ihrer Gewinne, um andere Unternehmen und /oder Finanzaktiva aufzu kaufen, darunter auch Anleihen des Staates, sowie im Immobiliensektor zu spekulieren.¹

¹ Während die deutschen Unternehmen in den 1970er Jahren noch 60 Prozent ihres Nettoeinkommens in ihre Betriebe gesteckt hatten, um sie zu modernisieren und zu erweitern, sank dieser Anteil später auf etwa 25 Prozent, der größere Teil wird als Börsenkapital verwertet. Börsennotierte Unternehmen müssen ihr Verhalten nach den Ansprüchen der Aktionäre ausrichten, also für höhere Gewinne und Kurssteigerung der Aktie sorgen. Vgl. dazu Hausteil, Heinz-Dieter: Megakrise, Zeitwechsel des Geldkapitalismus in der Geschichte. URL <http://rosalux.de/cm/fileadmin/rls>, Stand 15. 03. 2009, S. 24

Finanzkapital fand also in produktiven Investitionen, in Forschung und Entwicklung, in Maschinen und Ausrüstungen nicht mehr die Anlagemöglichkeiten, die den Renditeerwartungen der Kapitalbesitzer entsprachen.²

Seit den 1990er Jahren wird in der Literatur vom „*Finanzmarkt*“ oder auch vom „*finanzgetriebenen*“ bzw. „*Turbokapitalismus*“ gesprochen.³ Dessen Hauptakteure sind Banken, Börsen, Versicherungen, Pensionsfonds, Hedgefonds und andere Investmentgesellschaften sowie private Vermögensbesitzer. Sie sind einzig vom Streben nach kurzfristigem Wertzuwachs ihres Portfolios getrieben und terrorisieren mit exorbitanten Erwartungen an die Eigenkapitalrendite die Realwirtschaft. Wer weniger als 20 bis 25 Prozent erzielt, gilt als Verlierer. Für Unternehmen der Realwirtschaft heißt das, sich höher zu verschulden, denn ohne mehr Fremdkapital sind genannte Renditeziele nicht ansatzweise zu erreichen. Renditen solcher Größenordnung auf Finanzanlagen können aber nicht dauerhaft gezahlt werden, ohne die Substanz aufzuzehren, wenn die realen Wachstumsraten bei zwei bis drei Prozent, oft bei weniger liegen. Zugunsten der Kapitalforderungen werden Löhne gesenkt, Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich verlängert, Unternehmenssteuern reduziert, Beschäftigte entlassen, damit der Börsenkurs steigt, immer größere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und der sozialen Dienste ausgetrocknet. Den Renditehunger der Kapitaleigner bezahlen abhängig Beschäftigte und die Allgemeinheit. Die einseitige Orientierung der Finanzmarktakteure am Shareholdervalue, dem Mehrwert der Aktionäre, ist eine der Hauptursachen für die Fehlallokation volkswirtschaftlicher Ressourcen. Am schnellsten können sich erfahrungsgemäß Investitionen im Finanzsektor „rentieren“. Das Finanzkapital reagiert heute in Sekundenschnelle, der reale Produktionsprozess in Tagen oder Monaten, die Ausbildung von Arbeitskräften lohnt sich nach Monaten oder Jahren, und die Erschließung neuer Ressourcen dauert mitunter Jahrzehnte. Die von Schumpeter gerühmte progressive unternehmenstypische *Funktion der Innovation* wird zurückgedrängt – vor allem dort, wo strategische Entscheidungen auf lange Sicht wie zur Abwendung der Klimakatastrophe äußerst dringlich wären.⁴ „Das Geld hat bei wohlhabenden Bevölkerungsgruppen in wirtschaftlich reichen Gesellschaften nicht mehr bloß die Tauschmittelfunktion, sondern nimmt zunehmend die Vermögensfunktion an. Als Wertspeicher und Medium der Wertsteigerung konkurriert es mit Investitionen in reale Anlagen, Immobilien und langfristige Gebrauchsgegenstände.“⁵

Das Credo der Finanzmarktakteure lautet: „Laß Dein Geld für Dich arbeiten“. Diese Ideologie manifestiert sich selbst in der Bankensprache. Dort gelten Zertifikate, Derivate, Fonds, Swaps, Verbriefungen, Leerverkäufe usw. als „Produkte“, als „innovative“ Produkte gar. Geld soll also Geld hecken. Man muss aber nicht einmal Marxist sein, um zu wissen, dass die Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums nicht das Geld, sondern die menschliche Arbeit und die Natur ist. Der Finanzsektor hat seine Dienstleistungsfunktion für die Realwirtschaft also wei-

² Von den meisten westdeutschen Ökonomeprofessoren wurde der Begriff „Finanzkapital“ bis 1991 nicht verwendet, wie Artur Woll in seinem mit 120 akademischen Mitarbeitern im gleichen Jahr verfassten Wirtschaftslexikon zu diesem Stichwort schrieb.

³ Bischoff, Joachim: Globale Finanzkrise. VSA Verlag 2008

Huffschmidt, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. VSA Hamburg 2002

Huffschmidt, Jörg/ Köppen, Margit/ Rhode, Wolfgang (Hrsg.): Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte. VSA Hamburg 2007

Klein, Dieter: Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht. Karl Dietz Verlag Berlin, 2008

Kurz, Robert: Das Weltkapital. Berlin 2005; Schäfer, Ulrich: Der Crash des Kapitalismus. Campus Verlag 2008;

Soros, Georg: Das Ende der Finanzmärkte. München 2008

Wagenknecht, Sarah: Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft. Verlag Das Neue Berlin, 2008;

Zeise, Lucas: Ende der Party. Papyrosa Verlag Köln, 2008.

⁴ Klein, Dieter: a. a. O. S. 107

⁵ Hengsbach, Friedhelm. Nach der Krise ist vor der Krise. Für eine Wirtschaftsdemokratie ohne Finanzkapitalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2009, S. 56

testgehend verloren, hat sich verselbständigt und führt ein Eigenleben. Er wächst unverhältnismäßig schneller als die reale Ökonomie. Wenn das weltweit geschaffene Sozialprodukt sich von 1980 bis 2007 von 10 auf 55 Billionen US-\$ erhöhte, sich also gut verfünffachte, schwoll das weltweite Anlagevermögen in der gleichen Zeit von 12 auf 196 Billionen US-\$ an, also um das 16-fache (Abb. 1).

Ein weiteres Indiz für die Verselbständigung des Finanzsektors: 2007 wurde das sich täglich um den Erdball bewegende Finanzvolumen auf 2,5 Billionen US-\$ geschätzt. Weniger als fünf Prozent davon sind zur finanziellen Abwicklung von Waren- und Dienstleistungsgeschäften nötig. Der „Rest“ geht auf Spekulation zurück. Es entstand eine auf Schulden gebaute Wirtschaft, die dennoch sicher schien, weil sich selbst mit Risiken noch Geschäfte machen ließen. Alles in allem: Die Verselbständigung der Finanzwirtschaft erweist sich als einer der gefährlichsten Destabilisatoren von Real- und Gesamtwirtschaft.

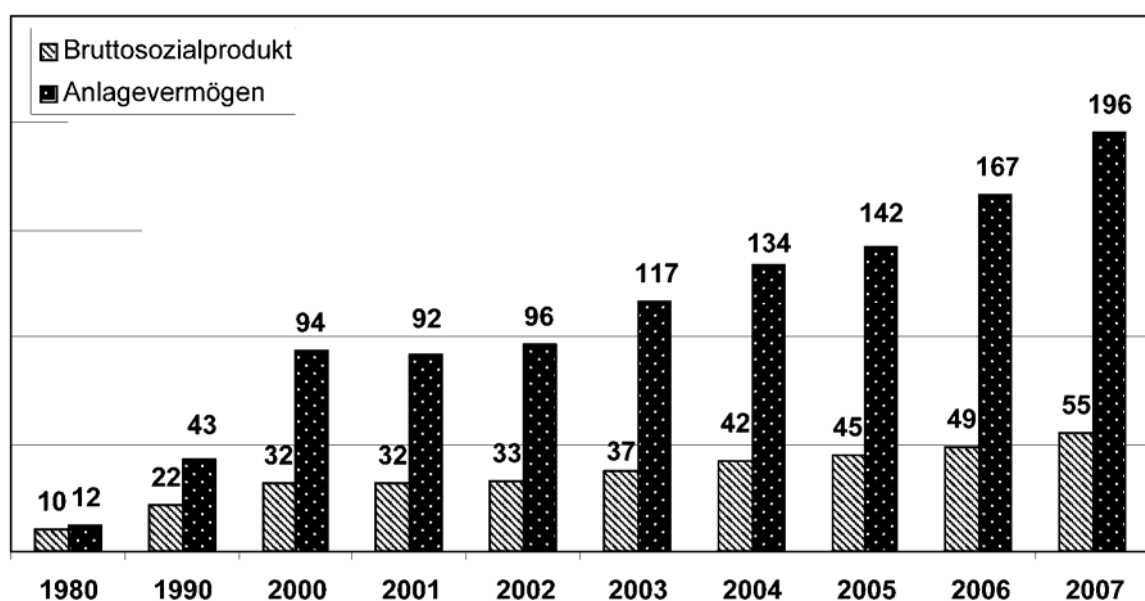


Abb.1: Entwicklung des weltweiten Anlagevermögens in Billionen Dollar

Quelle: McKinsey Global Institute: Mapping global capital markets. Fifth annual report, Oktober 2008 URL: http://www.mckinsey.com/mgi/publications/fifth_annual_report_Executive_Summary.asp (Stand: 15.01.2009)

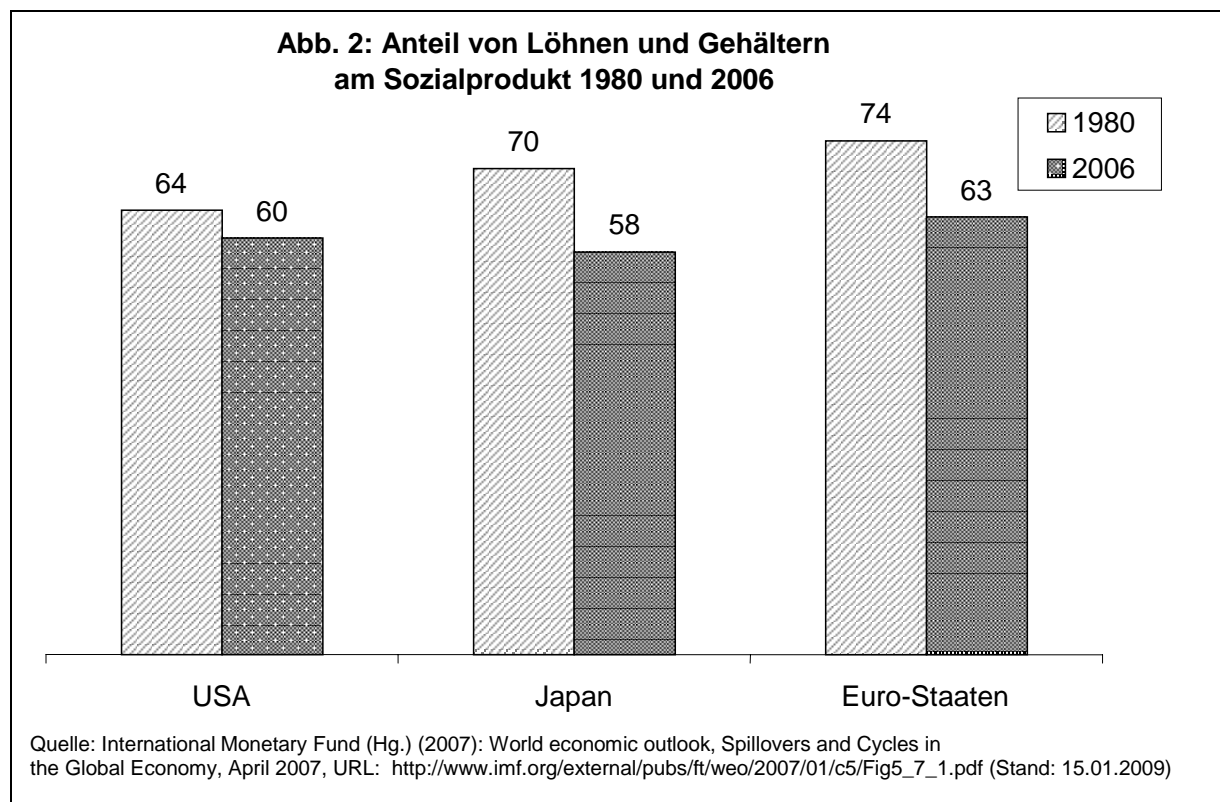
Ursachen für die weltweite Überschussliquidität

Im Sinne von Marx sind tiefgreifende Krisen im Kapitalismus grundsätzlich Ausdruck eines Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Beide stehen solange nicht im Widerspruch, wie der Bedarf an Realkapital zur Entwicklung der Produktivkräfte Schritt hält mit dem produzierbaren, dem möglichen Mehrwert. Längst wächst das nach immer lukrativerer Anlage suchende Finanzvermögen schneller als die renditeträchtigen Investitionsgelegenheiten in Forschung und Entwicklung, in Produktion und Dienstleistungswesen. Dafür gibt es ein ganzes Spektrum von Ursachen, die im Kern alle auf das von Marx gefundene „allgemeine Gesetz kapitalistischer Akkumulation“ hinauslaufen.

- Zuerst die *Enteignung der abhängig Beschäftigten*. Denen wird weit weniger als das ihnen vom erzeugten Produkt Zustehende gewährt. Die Anteile der Lohn- und Gehaltseinkommen am Volkseinkommen sind in den neoliberalen Jahrzehnten seit 1975 überall in der Welt geschrumpft. So konnte der Zufluss zum Finanzsektor über längere Zeit durch Umverteilung von der Arbeit hin zum Kapital gesichert werden (Abb. 2). Eingeengt aber wurde die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten. Rudolf Hilferding erklärte Wirt-

schaftskrisen lediglich aus Zirkulationsstörungen oder Fehlern in der Preisgestaltung.⁶ Marx kam dagegen zu dem Schluss: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“⁷ Das Pendant von Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen ist der überquellende, die Spekulation anheizende Reichtum in den Händen einer relativ kleinen Schicht.

- Die Enteignung der Beschäftigten ging einher mit einer weiteren Form von Einkommensumverteilung, der steten *Steuer- und Abgabensenkung für Unternehmen, für Bezieher hoher Einkommen und Vermögensbesitzer*. Letztere behielten so mehr in der privaten Tasche und Unternehmen behielten vom erwirtschafteten Gewinn mehr zur freien, meist spekulativen Verwendung.



- Nach dem Ende der Blockkonfrontation wurden in Deutschland und anderen westlichen Ländern Großaktionen gestartet, um *öffentliches Eigentum* (vorrangig Infrastruktureinrichtungen und kommunale Wohnungsbestände) zu *privatisieren*. Vermögen, das sich bis dahin in Bundes-, Landes- oder kommunaler Hand befand, geriet in private, allzu oft in Spekulantenhände. Die gesamte *Rekapitalisierung Osteuropas, die Inwertsetzung dortigen öffentlichen Vermögens* ist hier ebenfalls zu nennen. Die hat in kürzester Frist unvorstellbar reiche Milliardäre, die sogenannten Oligarchen, hervorgebracht, während große Teile der Bevölkerung verarmen.

⁶ Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital, a.a.O. S. 379 ff

⁷ Marx, Karl (1968) Kapital Bd 3, MEW, S. 501

- Die *Privatisierung der sozialen Sicherung, insbesondere die kapitalgedeckte Altersvorsorge* schreitet voran. Von den USA ausgehend sammeln Pensionsfonds für die Alterssicherung gedachte Gelder und legen sie nicht selten in windigen, hohe Renditen versprechenden Finanzprodukten an.
- Das in reichen Ländern des Nordens überflüssige Kapital wurde Entwicklungsländern und ehemaligen Ländern des Staatssozialismus zu niedrigen Zinsen angeboten, um dann in Zeiten der Hochzinspolitik mit Zins und Zinseszins zurückgefordert zu werden, so dass ein *globaler Kapitaltransfer von Süd nach Nord* entstand. Im Rahmen neokolonialer Ausbeutung werden viele Staaten des Südens ausgeplündert. Hunger, fehlendes Trinkwasser, Seuchen, Mütter- und Kindersterblichkeit, Obdachlosigkeit, Analphabetismus und der vorzeitige Tod von Millionen Menschen sind die anhaltende Folge.
- Massiv ausgedehnt wurde der *spekulative Handel mit Nahrungsmitteln, Agrarrohstoffen, Wechselkursen und Immobilienkrediten*. Für letztere bildete sich vor allem in den USA eine Verbriefungspraxis heraus, d. h. Forderungen gegenüber den Hausbauern oder -käufern wurden gebündelt und mit einem Abschlag am Markt angeboten. Es wurde also mit Schuldtiteln spekuliert. Schon bei Karl Marx kann man lesen, dass das von den Banken verliehene Geld, das zinstragende Kapital, die „Mutter aller verrückten Formen ist, so dass zum Beispiel Schulden in der Vorstellung des Bankiers als Waren erscheinen können.“⁸
- Begünstigt worden waren die freie Bewegung des Kapitals und die grenzenlose Spekulation durch die *Aufhebung des Abkommens von Bretton Woods*. 44 Länder waren 1944 in diesem Kurort im US-Staat New Hampshire zusammengekommen, um den Rahmen für eine Nachkriegsfinanzordnung abzustecken. Dabei standen Leitlinien des britischen Ökonomen John Maynard Keynes Pate. Vereinbart wurden die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, ein Regime fester Wechselkurse, staatliche Kapitalverkehrskontrollen und die tägliche Eintauschbarkeit von Dollar-Guthaben in Gold. Dieses Abkommen wurde auf Betreiben der USA Anfang der 70er Jahre aufgekündigt. Die befanden sich im Vietnam-Krieg, der Erdölpreis explodierte. Ihre Staatsverschuldung schwoll an und sie annullierten 1971 die Goldkonvertibilität des Greenback. Von da an konnten die USA sich in der eigenen Währung verschulden und machten davon nahezu hemmungslos Gebrauch. 1973 zerbrach dann auch das System fester Wechselkurse im Ergebnis starker Flucht aus dem Dollar, und aufgehoben wurden die staatlichen Kapitalverkehrskontrollen. Seit dem ist eine Spekulation mit Wechselkursen möglich, und überhaupt wurde das Kapital aller Bewegungseinschränkungen ledig. Die Volatilität des Finanzmarktes wurde Alltag. In den 90er Jahren kam das *Internet* auf und ermöglichte fortan, in Echtzeit Börsen- und andere Geschäfte zu tätigen und zum Beispiel kleinste Kurschwankungen zwischen zwei Währungen innerhalb von Sekunden mit großen Gewinnmargen zu auszunutzen.
- Zur Kapitalmarktliberalisierung gehört die Aufblähung des Kreditwesens durch immer neue sogenannte *Finanzinnovationen und immer neue Finanzakteure oder Finanzinvestoren*, darunter hochspekulativer Hedgefonds. Bei Marx liest man dazu, dass sich das zinstragende Kapital vervielfacht „durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint. Der größte Teil dieses ‚Geldkapitals‘ ist rein fiktiv.“⁹

⁸ Marx, Karl (1968): Das Kapital, Bd. 3, a.a.O. S.483

⁹ Marx, Karl (1968), Das Kapital Bd. 3, a.a.O. S.488

- Gewaltige *Preissteigerungen bei Rohstoffen*, vor allem Öl, haben die Einnahmen Russlands, der Vereinigten Arabischen Emirate, Norwegens und anderer Staaten erhöht und so ebenfalls zur Geldschwemme beigetragen.
- Zu den wenig beachteten Ursachen für die Überschussliquidität gehören *weltwirtschaftliche Ungleichgewichte*. Während die einen Länder (USA, Großbritannien, Spanien, Australien, Italien) chronische Leistungsbilanzdefizite aufweisen, fahren andere laufend riesige Exportüberschüsse ein. Die Spitzenposition bei letzteren hat neben China und Japan die Bundesrepublik Deutschland, die seit 2001 bis 2008 für eine Billion Euro Waren und Dienstleistungen mehr exportierte als importierte. Der Jahreshöchststand bei den Ausfuhren lag 2007 bei 171 Mrd. Euro. Der Leistungsbilanzüberschuss bedeutet Netto-Kapitalexport. Das Ausland bezahlt die Importe nicht mit Waren, sondern finanziert deutsche Exporte mit deutschen Krediten, verschuldet sich also. In Deutschland steht das betreffende Kapital nicht für Investitionen zur Verfügung, trägt nicht zum Auf- oder Ausbau von Produktionskapazitäten bei, sondern facht die Spekulation an.

Keine Finanzkrise wie viele vorherige, sondern ein Krisengeflecht

Finanzkrisen sind seit der Tulpenspekulation der Jahre 1635 bis 1637 in den Niederlanden ein regelmäßiges Phänomen des modernen Kapitalismus. Allein seit 1980 erlebte die Welt nach einer Statistik der Weltbank insgesamt 166 Finanzkrisen in verschiedenen Ländern, von denen 119 in ihren Auswirkungen über den Finanzbereich hinausgingen. Dennoch werden sie von der bürgerlichen ökonomischen Theorie weitgehend ignoriert. Im wohl bekanntesten internationalen Standardwerk der Volkswirtschaftslehre, „Economics“ von Paul A. Samuelson und William D. Nordhaus, das in fünfzig Jahren millionenfach verkauft wurde, kommt der Begriff „Krise“ nicht vor.¹⁰ Auch wenn die aktuelle Krise sich einreicht in eine lange Krisengeschichte, so hat sie doch *Besonderheiten*. *Ausgebrochen ist sie* nicht an der weltwirtschaftlichen Peripherie, also wie früher häufig in Südostasien oder in Südamerika, sondern *im Zentrum des Kapitalismus*, im Stammland des ungezügelter Kapitalismus, in den USA. Sie griff unverzüglich auf die Realwirtschaft über (Abb.3). Zuerst war die Autoindustrie mit ihren Zulieferern betroffen, es folgten der Schiffbau und andere Branchen. Unternehmen klagten über eine Kreditklemme. Der Export stürzt ab. Die fortschreitende Globalisierung führt dazu, dass die Finanzkrise sich weltweit ausdehnt. Sie ist in dieser *Globalität* historisch erstmalig. Der amerikanische Starökonom Nouriel Roubini hält daher die sogenannte Abkoppelungstheorie für widerlegt. In einer zunehmend globalisierten Welt gibt es immer mehr Handels- und finanzielle Verflechtungen zum Beispiel über die Währungen, die Rohstoffpreise und anderes. Daher, so Roubini, stellt sich die Frage, wie man überhaupt auf die Idee kommen konnte, andere Länder könnten sich von der Pleite in den Vereinigten Staaten abkoppeln. Tatsächlich wird sie über solche Kanäle übertragen. Abgesehen davon gab es nicht nur in den Vereinigten Staaten von Krediten getriebene Preisblasen. Sondern bezogen auf den Immobilienmarkt haben wir solche Preisblasen auch in Großbritannien, Spanien, Irland, Ungarn, der Türkei, Russland, den baltischen Staaten, im Mittleren Osten, Singapur und nicht zuletzt auch in China.¹¹ Die „Überflusskapitalien“ haben sich von nationalstaatlichen Bindungen gelöst und verlangen nach Renditen, die einzig bei gleichzeitiger Produktion schwerster Ungleichheiten und Verelendungen erwirtschaftet werden können.

¹⁰ Otte, Max: Die Finanzkrise und das Versagen der modernen Ökonomie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/2009, S. 15

¹¹ Roubini, Nouriel: Kreditausfälle von mehr als 3 Billionen Dollar. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 01. 2009

Wegen der Globalität beschränkt die Krise sich nicht auf die Industrieländer. Sie reißt Schwellen- und Entwicklungsländer mit in den Strudel. Letztere sind besonders hart betroffen. Sie verlieren Exporteinnahmen, weil die Rohstoffpreise abgestürzt sind,

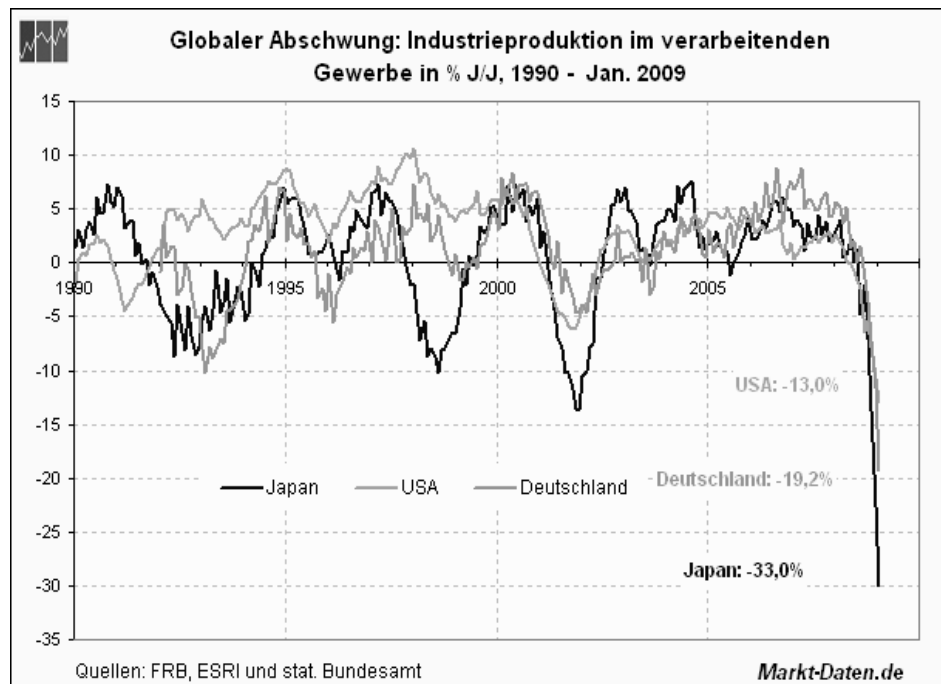


Abb. 3

Auslandskapital wird abgezogen, Kredite zu erlangen, wird noch schwieriger. Viele Entwicklungsländer sehen sich in ihrer Not gezwungen, das an zahlungskräftige Ausländer zu verkaufen, was sie noch haben: Grund und Boden. Eine neue Form der Kolonialisierung setzt ein.

Die aktuelle Finanzkrise ist nicht nur mit einer Wirtschaftskrise, vor allem einer Überproduktionskrise, verbunden. Sie wird begleitet von einer Verschärfung der Klimasituation (*Klimakrise*), anwachsendem Hunger (*Nahrungsmittelkrise*) und der Erschöpfung nichtreproduzierbarer Rohstoffe (*Energie- und Rohstoffkrise*). Es handelt sich also um ein Krisengeflecht, eine Mega-Krise.¹² Dies festzuhalten ist wichtig für die Suche nach Strategien eines nachhaltigen Krisenmanagements. So zeigte sich schon bald, dass der von der Bundesregierung und Regierungen anderer Länder eilig aufgespannte Rettungsschirm für die Banken in der Realwirtschaft wirkungslos blieb und schleunig um Schutzmaßnahmen für die Autoindustrie und deren Zulieferer, aber auch für andere Branchen ergänzt werden musste.¹³ Energie- und Umweltkrise schränken zunehmend bestimmte Lösungsmöglichkeiten für die Wirtschaftskrise ein, insbesondere die extensive Erweiterung des Ressourcenverbrauchs als klassischen Wachstumspfad. Höchstmögliches Wachstum zu erzielen, kann in den entwickelten Ländern nicht mehr das rationale Kriterium für die anzustrebende Wirtschaftspolitik sein. Strukturwandel rückt in den Mittelpunkt. Gefördert werden dürften keine Investitionen, die die Klimakatastrophe verstärken, sondern diese durch Verminderung von Emissionen und schonende Land-

¹² Altvater, Elmar: Die kapitalistischen Plagen Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2009

¹³ Der Schweizer Autor Fredmund Malik schätzt, dass von den weltweit Tausenden von Milliarden Steuermitteln in der realen Wirtschaft bis Ende 2009 weniger als 10 Prozent angekommen sind. Mehrheitlich hätten sie geholfen, die alten Strukturen aufrechtzuerhalten, insbesondere im Finanzsystem, wo die Denkweisen dieselben sind wie vor der Krise. Siehe: Malik, Fredmund: Lagebeurteilung für 2010. St. Gallen, m.o.m.-Letter 01/2010, S. 3

nahme abwenden.¹⁴ Der Weg zu einer Wende im Verhältnis von Natur und Arbeit führt über die Entkopplung von Profitstreben und Naturressourcenverbrauch durch eine Reform der gesamten Regulierungsweise, über den sozialen Ausgleich, das Umsteuern der technischen Entwicklung und eine andere Lebensweise. Die Kernbewegungsgröße des Kapitalismus, die kapitalbezogene Profitrate, hielt Marx für tendenziell fallend, in dem neuen Jahrhundert wird sie durch Überproduktion, Klimawandel, Vervielfachung regionaler und lokaler Naturkatastrophen, Versiegen natürlicher Vorräte, Vermüllung und Zunahme sozialer Katastrophen mit großer Wahrscheinlichkeit eindeutig fallend.¹⁵

Wer Hunger ernsthaft bekämpfen will, muss sich dafür einsetzen, den Börsenhandel mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen, also die Spekulation damit, zu verbieten. Insgesamt geht es neben kurzfristigen Forderungen nach Konjunkturprogrammen und Stärkung der Massenkaukraft um mehr. Es geht um strategische gesamtwirtschaftliche Weichenstellungen und es geht um Schlussfolgerungen auf internationaler Ebene. Ohne dem Krisengeflecht Rechnung zu tragen, bleibt die Suche nach Auswegen erfolglos. Das bezeugen die bisherigen staatlichen „Rettungsmaßnahmen“ für Banken und die sogenannten Konjunkturpakete. Sie gleichen eher Notfallaktionen und Schmerzmitteln als einer nachhaltigen Heilungsstrategie. Konjunkturan-kurbelnde Maßnahmen, die die Klimakrise nicht mildern (wie zum Beispiel die für die Auto-branche) sind gesellschaftlich kontraproduktiv. Einzelstaatliche Lösungen ohne internationale Koordinierung verpuffen.

Das aktuelle Desaster offenbart schließlich die *Legitimationskrise des Neoliberalismus*. Der englische Historiker und Marxist Eric Hobsbawm hält ihn gar für tot. Auffällig ist der *Ruf selbst marktradikaler Hardliner nach dem Staat*. Einst als Störenfried in der Wirtschaft ver-ketzert, gilt er plötzlich als Garant für Wohlstand und Stabilität. Der Staat soll den Kapitalis-mus retten, und er erweist sich tatsächlich als verlässlicher Treuhänder des Finanzkapitals. In der Reagan-/Thatcher-Ära war John Mainhard Keynes zum alten Eisen geworfen worden. Nun zeigt sich, dass seine Rezepte, vor allem das Deficit Spending, also die staatliche Nach-fragepolitik, nicht obsolet sind, selbst wenn Rettungspakete und Investitionsprogramme heute nicht automatisch die Lösung sein können. Denn Keynes entwickelte seine Thesen in Zeiten des Nationalstaates. Inzwischen sind nationale Märkte zum Weltmarkt zusammengewachsen. Jetzt kaufen Konsumenten mit nationalen Rettungsmilliarden auch ausländische Produkte. Ein Teil der Anstrengungen verpufft also wirkungslos, wenn Staaten ihre Anstrengungen nicht koordinieren. Das tut aber der Wiederbelebung der Grundgedanken von Keynes keinen Ab-bruch.

Blamiert hingegen ist die Chicago School of Economics, zu deren Begründern die Nobelpreis-träger Milton Friedman und Friedrich von Hayek gehören. In schwindelerregendem Tempo werden neoliberale Glaubensgrundsätze als das entlarvt, was sie sind: Halb- und Unwahrhei-ten. So zum Beispiel die Mär, dass es das Wachstum fördere, Wohlstand von unten nach oben zu verteilen, die Legende von den Märkten, die sich am besten selbst regeln, die Dogmen „Privatisieren, Liberalisieren, Deregulieren, den Arbeitsmarkt flexibilisieren“. Politik wurde in diesem Duktus zum Vollstrecker von betriebswirtschaftlichen „Sachzwängen“. Die neoli-beralen Konjunkturforscher verwenden ökonomisch-mathematische Modelle für ihre Vorher-sagen, nach denen die Märkte bei kleinen zyklischen Schwankungen stets dem Gleichgewicht zustreben. Entsprechend ungeeignet sind dann die Ergebnisse im Vergleich zur Wirklichkeit. Denn ökonomische Modelle schreiben Entwicklungen nur fort, sie sagen aber keine Wende-punkte voraus. Beleg dafür ist, dass kein Ökonom mit mathematischen Modellen die Jahrhun-dertkrise vorausgesagt hat. Die modellverliebten Neoliberalen ignorieren, dass die Wirtschaft

¹⁴ Otto, Friederike E.L.: Auf dem Weg in die Klimakatastrophe? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/ 2009, S.35-40

¹⁵ Hausteil, Heinz-Dieter: Die Megakrise, a.a.O., S.51

ein untrennbarer Teil der Gesellschaft ist, dass sie also auch nur im Gesellschaftsbezug begriffen und gestaltet werden kann. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz zufolge fehlt vielen Ökonomen vor lauter Spezialisierung auf Details heute das systemische Denken. Viele Kollegen verfallen sich im Klein-Klein mathematischer Modelle. Absurd: Die Modelle werden aus Hypothesen oder langjährigen Erfahrungen gespeist; für das, was die Welt in Krisen erschüttert, gibt es aber keine mathematische Formel. Die Modelle funktionieren nur, wenn die Randbedingungen stabil sind, sie erfassen nicht, wie verheerend Unsicherheit wirkt.

Zu hoffen ist, dass die Jahrhundertkrise auch Denkmuster von Ökonomie-Professoren verändert. Jean Pisani Ferry, einer der einflussreichsten Makroökonomien Europas, Berater der EU-Kommission und des französischen Präsidenten Sarkozy spricht es offen aus: „Die Krise sollte uns Wirtschaftswissenschaftler demütig machen, uns vor Augen führen, wie viele Fehler wir machen können. Wir haben diese verheerende Krise trotz Erfahrungen, etwa in Asien Ende der 90er Jahre, nicht vorhergesehen und den Finanzmärkten zu viel zugetraut. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass der freie Kapitalmarkt bei der Einschätzung der Risiken so versagt.“¹⁶

Ökonomische und soziale Auswirkungen der Mega-Krise

Die kapitalistische Produktionsweise beruht auf dem Geldverkehr. Eine reibungslose Geldversorgung ist so etwas wie der Blutkreislauf der Wirtschaft. Wenn der ins Stocken gerät, ist für die Realwirtschaft Gefahr im Verzuge. Genau das ist in Deutschland und weltweit geschehen. Banken mussten Wertberichtigungen in ihren Bilanzen vornehmen, „faule“ Kredite, also nicht eintreibbare Forderungen abschreiben. Das schmälert ihre Eigenkapitalbasis und damit die Kreditvergabefähigkeit. Darunter leiden jene Unternehmen, die auf Fremdkapital angewiesen sind. Eine „Kreditklemme“ droht. In seinem Finanzstabilitätsbericht von Ende Januar 2009 erwartete der IWF, dass die Banken auf US-Kredite und verbrieft Wertpapiere rund 2200 Mrd. US-\$ abschreiben müssen. Das wäre fast so viel wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands und mehr als das BIP Italiens. Noch im November 2008 war der Fonds lediglich von 1400 Mrd. \$ ausgegangen. Nahezu zum Erliegen gekommen ist der Interbankenhandel, also das gegenseitige Ausleihen zeitweilig freier Gelder. Die Kreditinstitute trauen sich untereinander nicht. Sie vermuten, der leihende Partner hätte eventuell noch nicht eine komplette Bereinigung seiner Bilanzen vorgenommen und könnte möglicherweise seinen Rückzahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Banken geben ihre liquiden Bestände, um sicher zu gehen, lieber gegen einen relativ geringen Zins an die Europäische Zentralbank. Massiv eingebrochen ist die Wirtschaftsleistung. In Deutschland betrug der Rückgang fünf Prozent. Dies entspricht einem Verlust an jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen in der Größenordnung von 125 Mrd. Euro.

Damit einher ging und geht ein Arbeitsplatzabbau und die weitere Prekarisierung der Arbeitswelt. Mit steigender Arbeitslosigkeit wächst der Druck auf die Einkommen. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sinken rapide, so dass die Finanzierung von Sozialleistungen schwieriger wird, zumal viel Geld vom Bankensektor zum Ausgleich der Verluste in den Bankbilanzen und für den Ersatz von verspekuliertem Eigenkapital absorbiert wird. Die „fiskalischen Kosten der gegenwärtigen Finanzmarkturbulenzen“ beziffert die Europäische Zentralbank im Eurogebiet auf rund 3 Prozent des BIP.

¹⁶ Zitiert in: Je länger die Staaten warten, desto schlimmer der Abschwung. Berliner Zeitung vom 27./28. 12. 2008

Zu den Auswirkungen der Mega-Krise gehört, dass viele Länder der Welt in einer Schuldenflut versinken. Auch die Bundesrepublik Deutschland steuert auf die größte Verschuldung aller Zeiten zu. Die Neuverschuldung betrug 2009 fast 40 Mrd. Euro und wird 2010 auf 86 Mrd. Euro anschwellen. Die Hauptursache sind krisenbedingte Ausfälle an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, Mehrausgaben für Arbeitslose und für Kurzarbeitergeld, die Kosten zweier Konjunkturprogramme sowie ein Rettungsschirm für die Banken. So wurde ein Bürgschaftsrahmen für angeschlagene Geldinstitute zur Ankurbelung des Interbankenhandels in Höhe von 400 Mrd. Euro bewilligt, von denen bis Ende 2009 100 Mrd. Euro ausgereicht waren. Zusätzlich wurde ein 80 Mrd. Euro umfassender Fonds zur Rekapitalisierung von Banken aufgelegt. Der soll Mittel zur Aufbesserung ihrer Eigenkapitalbasis und zum Aufkauf notleidender Kredite bereitstellen. Davon waren zur gleichen Zeit 30 Mrd. Euro in Anspruch genommen worden.¹⁷ Anzumerken ist, dass die Bürgschaften den Staatshaushalt nicht akut belasten. Erst wenn tatsächlich eine Bank zusammenbricht und der Fiskus einspringen muss, wenn die Bürgschaften „schlagend“ werden, wie es in der Fachsprache heißt, fließt wirklich Geld. Bislang ist es nicht absehbar, ob und in welchem Ausmaß dies geschehen könnte. Und die Eigenkapitalhilfen stellen nur eine vorübergehende Belastung der öffentlichen Kassen dar. Zum einen erwirbt der Staat im Gegenzug Vermögen (etwa den 25-Prozent-Anteil an der Commerzbank oder den 100-Prozent-Anteil an der Hypo Real Estate). Irgendwann kann er diese Pakete wieder verkaufen, wenn's gut geht, mit Gewinn. Zum anderen sollen die Banken die vom Staat gewährten stillen Einlagen plus Zinsen zurückzahlen. Eine sofortige und dauerhafte Haushaltsbelastung stellen hingegen die Aufwendungen für die Konjunkturprogramme dar.

Deutschland ist mit umfangreichen Geldern zur Rettung angeschlagener großer Geldinstitute sehr „großzügig“ umgegangen, pumpte nahezu bedingungslos Geld in marode Kreditinstitute, übernahm nur zögerlich als Gegenleistung ein Aktienpaket wie im Falle der fusionierten Dresdner und Commerzbank, allerdings ohne Eigentümerrechte geltend zu machen. Von Verstaatlichung, gar Enteignung der Banken mochte anderswo die Rede sein.¹⁸ In Deutschland sollten derartige „Ungeheuerlichkeiten“ nicht stattfinden. Erst spät wurden Verstaatlichungen auf Zeit nicht mehr ausgeschlossen.

Die Finanzkrise geht in die nächste Runde. Die Banken präsentieren neue Milliardenverluste, drehen den Kredithahn für andere Banken und Unternehmen weiterhin zu und horten ihr Geld, wie schon gesagt, lieber bei der Europäischen Zentralbank. Die Kreditklemme ist nicht behoben. Der Rettungsschirm für Banken hat bisher das Bankensystem nicht stabilisieren können. Beinahe 36 % der bis heute weltweit bekannten faulen und wertlosen Papiere befanden sich Anfang 2009 immer noch in der Bilanz der Banken. Diese Verluste werden auf 2.130 Mrd. Euro bzw. 2.800 Mrd. Dollar beziffert. Allein in Deutschland ist die Rede von bis zu 800 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Drittel des deutschen BIP.¹⁹ Lange debattiert wurde über die Schaffung einer „Bad Bank“, einer „öffentlichen Müllbank“ oder „Giftmülldeponie“, in die von privaten Banken „faule“ Kredite abgeschoben werden zu Lasten öffentlicher Haushalte. Sie soll also die Bilanzen der Institute entlasten, indem sie Wertpapiere aufkauft, die am Kapitalmarkt zurzeit nur schwer oder gar nicht verkäuflich wären. Ohne eine solche Maßnahme käme der Kreditfluss nicht wieder in Gang, argumentieren Banker. Einer Umfrage vom Januar 2009 zufolge, besitzen deutsche Banken „toxische“ Wertpapiere im Volumen von

¹⁷ Die Banken haben sich zu weit von der Wirtschaft entfernt. Interview mit dem Leiter des Rettungsfonds SoF-Fin. In: Welt am Sonntag, vom 7. Februar 2010, S. 25.

¹⁸ „Warum nicht voranschreiten und verstaatlichen? Denkt dran, je länger wir mit Zombi-Banken leben, desto schwieriger wird es, die Wirtschaftskrise zu überwinden“. So Paul Krugman, US-amerikanischer Nobelpreisträger für Ökonomie, in der New York Times vom 22. 02. 2009

¹⁹ Bad Bank für schlechte Banker. In: Klartext 2/2009, DGB Bundesvorstand

knapp 300 Mrd. Euro, von denen erst rund ein Viertel abgeschrieben ist. Der Rest steht noch mit illusorischen Werten in den Büchern.

Die bisherige Reaktion von Regierungen und herrschenden Eliten auf die Megakrise zeugt davon, dass es nur um Schmerzmittel zur Minderung ihrer Folgen und nicht um ein Konzept für ein gesellschaftliches Umsteuern geht. Sie wollen dem Wesen nach so weitermachen wie bisher und verstehen nicht, dass diese Krise eine politische Herausforderung von historischer Dimension ist, dass es sich um eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung handelt. Die tonangebenden Vertreter der neoliberalen Ökonomenzunft haben die Notfall-, ja Panikmaßnahmen wohlwollend bis zurückhaltend kritisch kommentiert. Allmählich beginnt die Mega-Krise die wissenschaftliche und die politische Debatte zu beleben. Die Frage lautet: Was kommt dann, wenn sich der Notfall erledigt hat?

Es ist natürlich schwierig, heute etwas auszusagen über die weitere Entwicklung und die Folgen der Megakrise im 21. Jahrhundert. Eine entscheidende Frage ist, ob es möglich sein wird, das gigantische Finanzmarktkapital wenigstens zu bändigen oder es besser abzuschaffen. Haustein fragt: „Haben die Institutionen der parlamentarischen Demokratie und der Zivilgesellschaft den Willen, das Niveau, die Ausbreitung und die Kraft, die sie zur Lösung der großen Menschheitsprobleme benötigen. Wie lang ist die Geduld der vom totalitären Regime des Kapitals Beherrschten. Warum sind die kritisch und weiter denkenden Kräfte so wenig aktiv und so wenig einig im Vergleich zum Unisono der kapitalbeherrschten Medien?“²⁰

Das liegt offenbar daran, dass *die* gesellschaftlichen Kräfte (noch) nicht erkennbar sind, die zu einer postkapitalistischen Gesellschaft führen können, vergleichbar dem Sozialismus, der bis zu seinem Untergang den Kapitalismus bändigen half. Um Alternativen ringende Kräfte müssen sich also zunächst mit eigenen Konzepten für ein Krisenmanagement im *bestehenden* System in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung positionieren. Dafür ist bereits eine Reihe von Forderungen Gegenstand öffentlicher Debatten:

- Keine Rettung von Banken mit Steuergeldern, ohne dass der Staat Eigentümer/Miteigentümer der betreffenden Institute wird und somit an den Unternehmensentscheidungen wie an künftigen Gewinnen beteiligt ist
- Beteiligung der Banken an den Kosten der Rettungsmaßnahmen
- Verbot des Handels mit Verbriefungen und Kreditderivaten sowie von Zweckgesellschaften, die sich Banken zugelegt haben, um Risiken außerhalb der Bilanz zu verstecken und die Eigenkapitalvorschriften zu umgehen
- Verbot von Hedgefonds, Private Equity Fonds und Real Estate Investment Trusts
- Regulierung der Finanzmärkte durch Kapitalverkehrskontrollen und Bändigung des vagabundierenden Kapitals durch eine Steuer auf internationale Finanztransaktionen
- Schaffung einer Aufsicht über international agierende Finanzmarktakteure sowie öffentlicher Rating-Agenturen
- Unterbindung der massiven Fremdfinanzierung beim spekulativen Handel mit Wertpapieren und Derivaten und Einführung gesetzlicher Obergrenzen für die Fremdfinanzierung von Investoren.

Solche realpolitischen Forderungen können die Krisenanfälligkeit im Kapitalismus dämpfen. Sie dürfen aber den Blick für das *Wesentliche* nicht verstellen: Solange die Quellen der Überakkumulation weiter sprudeln, wird immer wieder und immer mehr Kapital zu Spekulationszwecken auf die Finanzmärkte gespült und dem produktiven Wirtschaftskreislauf entzogen.

²⁰ Haustein, Heinz-Dieter: Megakrise. A.a. O. S. 57

Es muss also *erstens* darum gehen, diese Quellen Schritt für Schritt zum Versiegen zu bringen. Wichtige Wege sind:

- Stop der weiteren Enteignung der abhängig Beschäftigten
- Absage an weitere Steuersenkungen für Wohlhabende
- Stop der Privatisierung öffentlichen Vermögens und Rücknahme der kapitalgedeckten Altersvorsorge
- Beendigung der einseitigen Exportorientierung des Landes.

Zweitens und *parallel* dazu geht es darum, überschüssiges Kapital mit geeigneten Maßnahmen in gesellschaftlich verträgliche neue Investitionsfelder zu lenken. Die können vornehmlich im Bildungsbereich und in der ökologischen Modernisierung der Gesellschaft durch eine Effizienzrevolution bei Energie-, Material- und Rohstoffverbrauch liegen. Der Markt eignet sich dafür nicht als Allokationsmechanismus. Die Investitionsfunktion muss stärker zur öffentlichen Aufgabe werden.²¹

Eine interessante Idee dafür hat Heinz-Dieter Haustein in die Debatte eingebracht: „Die Entmachtung der heutigen Form der Zinswirkungen des Geldes ist die Grundaufgabe der Menschheit, wenn sie eine Zukunft haben will. Für jede Branche könnte der Zins als ökologische Stellgröße staatlich ermittelt und jährlich festgelegt werden. Die ökologische Zinsrate müsste am höchsten sein bei negativem oder Nullwachstum der Ressourcenproduktivität, mindestens so hoch wie die Durchschnittsrendite der Branche und am geringsten oder negativ bei überdurchschnittlichem Wachstum der Ressourcenproduktivität des Unternehmens. Das bedeutet, dass die Banken ihr Leihkapital nur mit dem Ökozins versehen dürfen. Die Einnahmen aus dem Ökozins werden ausschließlich für ökologische und soziale Zwecke verwendet. Firmen bekommen nur dann Fremdkapital und können damit expandieren, wenn sie ihr Wachstum der Ressourcenproduktivität erhöhen. Die konkrete Ökozinsrate einer Branche wird auf der

Grundlage sorgfältiger Untersuchungen aller umweltrelevanten Bedingungen ihrer Produktion und ihrer Marktaktivitäten festgelegt. Sie ist die Kerngröße einer strengen staatlichen Umweltregulierung, die das schwelende Feuer der stetigen, die Nachhaltigkeit zerstörenden Aktivitäten löscht, bevor es zur weltweiten Flammenkatastrophe wird.²²

Die Systemdebatte erhält in der Krise Impulse.

Adresse des Autors:
christaluft[at]versanet.de

²¹ Candeias, Mario: Die letzte Konjunktur. Organische Krise und „postneoliberale“ Tendenzen. In: Die Linken und die Krisen. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mai 2009, S. 61

²² Haustein, Heinz-Dieter: Megakrise. A. a. O. S. 57